

CDU 2016.

LEHREN AUS DER NIEDERLAGE DES 27. MÄRZ 2011.

I. WARUM WIR IN DIE OPPOSITION MUSSTEN

Der 27. März 2011 stellt für die CDU Baden-Württemberg eine Zäsur dar. Nach fast 60 Jahren als prägende politische Kraft im Südwesten hat unsere Partei an diesem Tag nicht nur eine Wahl verloren, sondern auch den Anspruch eingebüßt, dass ohne und gegen uns im Ländle keine Politik zu machen ist. Das ist bitter: Für unseren Spitzenkandidaten, für unsere ganze Partei und jeden Anhänger der CDU.

Die Gründe für unsere Niederlage gehen dabei tiefer als dies übereilte Analysen unter dem Motto „Japan war schuld“ nahe legen. Zwar ist es richtig, dass die furchtbaren Ereignisse in Japan und die daran anknüpfende Atom-Debatte zu einer maximalen Mobilisierung des Wählerpotentials der Grünen geführt haben. Festzustellen ist aber eben auch, dass diese Debatte wie ein Brennglas die Aufmerksamkeit der Wähler nochmals auf Themen wie Stuttgart 21, den damit verbundenen Polizeieinsatz vom 30. September 2010 oder auch den - vor allem hinsichtlich des Verfahrens - umstrittenen Rückkauf der EnBW-Anteile gelenkt hat. Diese Ereignisse, verbunden mit einer Vielzahl unglücklicher Äußerungen und fehlender Glaubwürdigkeit haben in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler zu einem Bild der Landesregierung geführt, das den Blick auf die beachtlichen landespolitischen Erfolge völlig verstellt hat.

In diesem Zusammenhang offenbaren sich zwei weitere Schwächen unserer Partei bzw. des gesamten bürgerlichen Spektrums in Baden-Württemberg: Die schwindende Rückkopplung an den vorpolitischen Raum und die fast völlig fehlende Kampagnenfähigkeit abseits klassischer Parteistrukturen. Aus vielfältigen Gründen sind immer weniger unserer Funktions- und Mandatsträger gleichzeitig in verantwortungsvoller Position bei Vereinen, Kirchen und Verbänden. Hier – und nicht in Parteigremien - erfährt man nicht nur wo den Wähler der Schuh drückt, sondern hier kann man auch unsere Politik den Bürgern unmittelbar erklären und vermitteln. Die CDU kann diese „Graswurzelarbeit“ aufgrund ihrer landesweiten Präsenz und Mitgliederstärke noch immer am ehesten leisten; sie muss diese Aufgabe aber auch wieder entschlossen angehen.

Ganz anders hier die politische Linke mit einer eklatant überlegenen Kampagnenfähigkeit: Spätestens seit dem Frühjahr war Baden-Württemberg das „Primärziel“ einer Vielzahl linker Lobbygruppen und Kampagnennetzwerke. Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21, der energiepolitische Kurs des Landes, ein als konservativ geltender Ministerpräsident und der ungewisse Ausgang der langsam nahenden Landtagswahl haben unser Land für die politische Linke interessant gemacht. Man kann nur erahnen, wie viel Personal, (öffentliches) Geld und Einfluss die beispielsweise im Bündnis gegen Stuttgart 21 oder die in der Organisation „Campact“ versammelten Gruppen bundesweit in die Auseinandersetzung bei uns im Südwesten geworfen haben. Diese „unabhängigen“, „überparteilichen“ und natürlich in keinerlei Kontakt zu den Oppositionsparteien stehenden Organisationen haben ganz entscheidend zum ungewohnt aggressiven politischen Klima des letzten Jahres beigetragen. Ein Klima, in dem das andauernde Stören von politischen Veranstaltungen, das unaufhörliche Beleidigen und Verleumden des politischen Gegners und ein nie da gewesenes Maß an Sachbeschädigungen und Angriffen auf Wahlkämpfer die bürgerlichen Parteien in die Defensive gezwungen haben.

Soll dieser „Stil“ nicht Schule machen, braucht es wieder mehr Organisationen, die sich um eine sachliche Auseinandersetzung bemühen. Solange aber die Befürworter wichtiger Verkehrsprojekte, die Anhänger des mehrgliedrigen Schulsystems oder die Unterstützer moderner Infrastrukturmaßnahmen so ruhig bleiben wie in den vergangenen Monaten, solange werden sie keine Mehrheiten mehr für Ihre Anliegen finden. Das gilt genauso für die Wirtschaftsverbände. Wer seine ganze Kraft auf Fachgespräche in Berlin und Brüssel konzentriert, übersieht, dass die entsprechenden Gesprächspartner zuerst von den Menschen im ganzen Land gewählt werden müssen. Linke Lobbygruppen haben dies längst erkannt. Sie kommunizieren mit den Bürgern, wollen die Wählerinnen und Wähler von ihren Standpunkten überzeugen und helfen dabei mit, Mehrheiten zu organisieren und damit Wahlen zu gewinnen.

Will die CDU 2016 eine realistische Chance auf einen erneuten Regierungswechsel haben, dann darf sie nicht nur auf die Fehler der grün-roten Regierung warten. Zwar ist die neue Koalition programmatisch schwach aufgestellt und bietet beispielsweise in der Schul-, Hochschul-, Infrastruktur und Haushaltspolitik zahllose Angriffspunkte. Mindestens genauso schwach ist aber die CDU auf die

57 kommende Oppositionsrolle vorbereitet. Will die CDU Baden-Württemberg nicht wie die CDU in
58 Rheinland-Pfalz enden, muss sie sich daher strukturell grundlegend erneuern.

59
60

61 **II. OPPOSITION BRAUCHT ERNSTGENOMMENE MITGLIEDER**

62

63 Mit 70.000 Mitgliedern aus allen Schichten und Berufsgruppen, einer Jugendorganisation mit über
64 11.600 Mitgliedern und zahlreichen weiteren Vereinigungen kann die CDU als einzige Partei im ganzen
65 Land präsent und aktiv sein. Doch diese Chance haben wir in den Jahrzehnten der Regierungsbeteiligung
66 immer wieder vertan. Die Parteiführung hat sich mehr und mehr auf den Sachverstand der
67 Landesregierung und ihres Apparats verlassen - und manche unserer Mitglieder haben sich im Gegenzug
68 zurückgelehnt und ganz gut damit abgefunden, dass „Die in Stuttgart“ das schon machen werden, oder
69 wurden in Diskussionen und Parteitag dazu motiviert, den Mund zu halten. Im Ergebnis ist die CDU-
70 Programmatik mehr und mehr auf einen Fünf-Jahres-Plan der baden-württembergischen
71 Landesverwaltung reduziert worden. Fast könnte man sagen, dass Baden-Württemberg das einzige
72 Bundesland ist, indem nicht eine Partei die Verwaltung durchdrungen, sondern die Verwaltung sich eine
73 Partei gehalten hat.

74

75 Deshalb müssen in Zukunft unsere Mitglieder wieder ernst genommen werden. Und in manchen
76 Bereichen müssen wir unsere Mitglieder auch wieder wachrütteln. Das Verschieben des überhastet
77 angekündigten Parteitags und die jetzt anstehenden Basiskonferenzen sind dabei der erste Schritt.
78 Künftig brauchen wir Formate im „Town-Hall-Stil“, bei denen die Mitglieder auf Augenhöhe mit der
79 Parteispitze diskutieren können. Warum veranstalten wir nicht thematische Konferenzen zu aktuellen
80 Themen, die die Menschen beschäftigen. Wirklich spannend können solche Debatten werden, wenn wir
81 dabei unsere Reihen auch für Nichtmitglieder öffnen und beispielsweise örtliche Elternbeiräte,
82 Bürgerinitiativen oder thematische Netzwerke einladen würden.

83

84 Weitere Fortschritte müssen wir auch im Internet und insbesondere im Bereich des Web 2.0 erzielen.
85 Während die Landesebene hier bereits auf einem guten Weg ist, besteht bei vielen Abgeordneten,
86 Verbänden und Vereinigungen hier noch erheblicher Nachholbedarf. Eine ansprechend und im
87 einheitlichen CDU-Design gestaltete Homepage, zeitnahe Antworten auf die Fragen der Menschen und
88 ein E-Mail-Newsletter muss heute auf allen Ebenen selbstverständlich sein. Dazu muss ein einfach zu
89 bedienendes, einheitliches Baukasten-Homepagesystem allen Verbandsebenen zur Verfügung gestellt
90 werden und auch auf allen Ebenen gelebt werden. Darüber hinaus ist es jetzt an der Zeit für den
91 nächsten Schritt. In sozialen Netzwerken wie Facebook können wir unseren Mitgliedern, aber auch
92 Arbeitskreisen und Fachausschüssen, themenspezifische Diskussionsgruppen bieten und
93 Ideenplattformen einrichten. Genauso sind dort Umfragen oder Abstimmungen möglich. Darüber hinaus
94 müssen wir Wege und Möglichkeiten suchen, wie wir Menschen über das Internet auch zu Einsatz und
95 Engagement für die CDU in der realen Welt bewegen können. Vielversprechende Projekte wie die CDU-
96 WebWerkstatt oder die Internetseite „Faktencheck“, die uns im Wahlkampf eine auf die sozialen
97 Netzwerke angepassten Kommunikation von „rapid-responce-Inhalten“ ermöglichte, müssen fortgesetzt
98 werden. Unsere Mitglieder können solche Informationshäppchen dann ohne den Umweg über die
99 klassischen Medien weitertragen und persönlich als Botschafter für die Politik der CDU in ihrem Umfeld
100 wirken. Hierzu gehört auch das zentrale Anbieten von Muster-Pressvorlagen, Internet- und Facebook-
101 Contents in Mailings und in unserem Intranet.

102

103 Mitgliederbeteiligung heißt auch mehr Entscheidungen direkt auf die Mitglieder zu verlagern. Die
104 Entscheidung über die Spitzenkandidatur 2016 ist unabhängig von den personellen Entwicklungen des
105 Jahres 2011 und darf zu gegebener Zeit nicht in Hinterzimmern fallen oder den Funktionären eines
106 Parteitags vorbehalten werden. Wer für die CDU 2016 ins Rennen gehen darf, müssen unsere Mitglieder
107 entscheiden. Neben richtungsweisenden Personalentscheidungen sollten künftig inhaltliche
108 Richtungsentscheidungen - auch online über das Internet - durch Mitgliederentscheide entschieden
109 werden. Das bei der letzten Mitgliederbefragung praktizierte Verfahren ist zu kompliziert und zu teuer.
110 Der CDU-Landesverband muss daher eine einfachere und kostengünstigere Möglichkeit entwickeln, die
111 aber dennoch verlässlich ist. Dabei ist beispielsweise an Abstimmungen in Geschäftsstellen oder in
112 sicheren Internetportalen zu denken.

113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167

III. OPPOSITION BRAUCHT ENGAGEMENT VOR ORT

In den kommenden fünf Jahren ist Schluss mit medienwirksamen Auftritten von CDU-Regierungsmitgliedern, mit Wahlkreisbesuchen von Ministern und Staatssekretären, Schluss mit der Verteilung von Wohltaten durch Abgeordnete der CDU. Die spürbar nachlassende mediale Aufmerksamkeit wird sich vor allem auf den Oppositionsführer im Landtag sowie den Parteivorsitzenden und den Generalsekretär der Partei konzentrieren. Wir müssen deshalb unsere Basisarbeit vor Ort stärken.

Zu oft ist die CDU auf der Straße nur im Wahlkampf präsent. Eine ideale Oppositionspartei würde das anders machen. Sie würde regelmäßig mit landesweiten Standaktionen Flagge zeigen, dabei ein Flugblatt zum jeweiligen „Thema des Monats“ verteilen, vielleicht noch ein passendes Dialogforum veranstalten und auf jeden Fall per E-Mail und im Web weitergehende Informationen anbieten.

Ebenso verbesserungsbedürftig ist unser Kontakt zum vorpolitischen Raum. In den Vorständen von Sportvereinen und Kirchengemeinden, beim örtlichen Handels- und Gewerbeverein und natürlich bei Feuerwehren, Jägern oder Schützen - überall waren früher einige der Verantwortlichen auch gleichzeitig CDU-Mitglieder. Diese Bindungen haben nachgelassen, sie gilt es wieder zu intensivieren. Wir alle und vor allem unsere Mandatsträger müssen sich dabei als „Kümmerer“ etablieren, Gesprächskreise aufbauen und auch bereit sein, in diesen Vereinen Verantwortung zu übernehmen.

Neben der klassischen Vereinskultur hat sich in vielen Städten und Gemeinden längst ein bunter Strauß an projektbezogenen Initiativen entwickelt. Viel zu oft hat die CDU diese Entwicklung völlig verschlafen. Weder ist es uns gelungen, Mitglieder dieser Initiativen für die CDU zu interessieren, noch haben wir es geschafft, selbst Initiativen für unsere Anliegen ins Leben zu rufen. In beiderlei Hinsicht haben die Grünen vorgemacht, wie effektive Oppositionsarbeit funktionieren könnte.

Für uns muss es deswegen jetzt darum gehen, vor Ort und zentral auf Landesebene einen Überblick zu gewinnen, in welchen Vereinen und Verbänden CDU-Mitglieder in führender Rolle aktiv sind und als Multiplikatoren für unsere Anliegen angesprochen werden können. Genauso könnten unsere Mitglieder künftig beispielsweise auf unserem Mitgliedsantrag oder anlässlich einer Datenaktualisierung freiwillig ihre Vereins- und Verbandsmitgliedschaften oder ihren Beruf angeben. Noch wichtiger dürfte es aber sein, dass sich die CDU auf allen politischen Ebenen darüber klar wird, welche Organisationen das öffentliche Meinungsbild prägen und welche inhaltlichen Schnittmengen wir mit diesen haben. Gemeinsame politische Ziele lassen sich dabei auch Schritt für Schritt entwickeln. Öffentliche Hearings mit örtlichen Vereinigungen könnten dabei dem Eindruck entgegenwirken, die CDU sei von den Problemen der Menschen abgekoppelt. Am Ende aller Überlegungen könnte jedoch auch die Notwendigkeit nach neuen Initiativen stehen. Warum sollte also nicht die nächste prägende Bürgerinitiative maßgeblich von der CDU getragen werden können? Solche projektbezogene Mitarbeit nicht in der Partei, sondern in ihrem Umfeld würde es zudem vielen Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, die CDU und ihre Mitglieder kennenzulernen.

IV. OPPOSITION BRAUCHT THEMEN UND DEBATTEN

Während in den neuen Regierungsparteien inhaltliche Diskussionen in den Vorständen und auf Parteitag an der Tagesordnung sind, gehörte es in der CDU bislang zum guten Ton, alle strittigen Punkte schon im Vorfeld von Parteitagen auszuräumen oder die verbliebenen beim Parteitag in irgendein Gremium zu verweisen, das in der Regel das Anliegen dann schnell und endgültig für erledigt erklärt. In endlosen Abstimmungsrunden zwischen Regierung, Fraktion und Partei wurden bislang fast alle innovativen Ideen zum CDU-üblichen Verwaltungs-Klein-Klein zerrieben. Die Parteitagsregie muss deshalb in Zukunft darauf achten, genug Zeit für Diskussion und Debatten einzuplanen und strittige

168 Punkte eben nicht schon im Vorfeld zu erledigen. Vielleicht werden dann auch wieder unsere Verbände
169 mit neuen Konzepten und Sachverstand die Parteitage bereichern und beleben.
170

171 Auch die Vereinigungen müssen in der Opposition wieder zu ihrer eigentlichen Rolle zurückfinden
172 und dabei haben sie die Unterstützung der Mutterpartei verdient. Sie müssen in die unterschiedlichen
173 gesellschaftlichen Gruppen nicht nur hinein hören und für die Politik der CDU werben, sondern auch
174 wieder die jeweiligen Bevölkerungsgruppen für eine Mitarbeit bei ihnen und damit der CDU insgesamt
175 begeistern. Dafür braucht es weniger Hinterzimmerveranstaltungen im kleinen Kreis, sondern mehr
176 zielgruppenspezifische Termine - gerne auch zusammen mit den jeweiligen Interessen- und
177 Berufsverbänden. Während sich manche Vereinigung bislang aufgrund ihres Status als
178 „Regierungsvereinigung“ zu schade war, den regelmäßigen Austausch mit den oftmals CDU-kritischen
179 Organisationen im politischen und vopolitischen Raum zu suchen, müssen zukünftig Gespräche mit
180 Jugend-, Umwelt- oder Frauenverbänden genauso auf der Tagesordnung stehen wie Kontakte zu den
181 Gewerkschaften.
182

183

184 **V. OPPOSITION BRAUCHT STRUKTUREN**

185

186 Die CDU als langjährige Regierungspartei ist personell und organisatorisch nicht auf die
187 Oppositionsrolle vorbereitet. Vor allem unsere Landesgeschäftsstelle ist - außer in Wahlkampfzeiten -
188 völlig unzureichend besetzt und ausgestattet. Zu den dringendsten Aufgaben eines neuen
189 Landesvorsitzenden und seines Generalsekretärs gehört daher die Ausrichtung der hauptamtlichen
190 Strukturen unserer Partei auf die Oppositionsarbeit. An die Stelle einer reinen Organisationseinheit für
191 Parteitage und Gremiensitzungen mit angeschlossener Poststelle muss nun ein Team für
192 programmatische Arbeit, Kampagnendurchführung und Bürgerkontakte treten. Nur so wird sich der mit
193 dem Regierungsverlust einhergehende Verlust an politischem und strategischem Sachverstand sowie
194 öffentlicher Aufmerksamkeit und Bürgerarbeit zumindest in Teilen auffangen lassen.
195

196 Völlig neue Aufgaben kommen auch auf das Team der CDU-Landtagsfraktion zu. Wo bisher mit
197 Änderungsanträgen zu Gesetzentwürfen der Regierung die teilweise inhaltliche Ideenlosigkeit des einen
198 oder anderen Abgeordneten zu kaschieren versucht wurde, muss künftig die Konzeption der großen
199 Linien der Oppositionspolitik einschließlich deren öffentlicher Vermittlung stattfinden. In der Fraktion
200 muss also das politisch-programmatische Herz unserer Partei schlagen. Damit die
201 Fraktionsgeschäftsstelle die dafür notwendigen personellen Ressourcen bekommen kann, sind unsere
202 Abgeordneten aufgerufen, die erhebliche finanzielle Mehrausstattung, die sie aufgrund des Wandels des
203 Landtags zum Vollzeitparlament erhalten haben, auch in die personelle Verstärkung der Fraktion
204 insgesamt und damit der Geschäftsstelle zu investieren. Die Zeit, als man leichthin und ohne Rücksicht
205 auf Kompetenzen einfach die Tochter eines wichtigen Sponsors oder schlicht die Freunde der eigenen
206 Kinder als Mitarbeiter engagierte, muss vorbei sein. Vielleicht werden sich in einem derart veränderten
207 Kollegenkreis künftig auch vermehrt hochqualifizierte Bewerberinnen und Bewerber bereit finden, für
208 unsere Abgeordneten zu arbeiten. Die neuen Regierungsparteien haben gerade aus einem solchen Pool
209 an politisch geschulten und zuverlässigen Mitarbeitern inzwischen zahlreiche Stellen in der
210 Landesverwaltung besetzt. Dieser machtvollen Politisierung der Landesverwaltung durch Grün und vor
211 allem Rot werden wir 2016 nur dann entgegenwirken können, wenn wir rechtzeitig Personal mit
212 Sachverstand und politischem Scharfsinn an uns binden.
213

214

215 Den Wegfall des in den Ministerialverwaltungen versammelten Sachverstands müssen wir versuchen
216 durch unsere Landesfachausschüsse zumindest teilweise aufzufangen. Bisher sind einige dieser
217 gesetzten Debattierclubs vor allem dann aufgefallen, wenn ihre Vorsitzenden kurz vor Nominierungen
218 standen, der nächste Parteitag hektischen Aktionismus erforderte oder die eine oder andere Exkursion
219 zumindest einen touristischen Mehrwert versprach. Der Ausstoß an politisch verwertbaren Inhalten
220 dagegen war zumeist überschaubar. Das muss sich ändern. Fachliche Zuarbeit, die zügig in
221 parlamentarische Initiativen oder Pressemitteilungen münden kann, ist jetzt wichtiger als
222 ausschweifende Diskussionen. Diesem Ziel muss auch die Struktur und personell flexible Besetzung der
223 Ausschüsse folgen. Wir brauchen für jedes Ministerium - und eben nicht für irgendwelche abstrakten
Politikfelder - einen Fachausschuss. Die zeitaufwendigen und ertragsarmen Plenumsitzungen müssen

224 um geschlossene Diskussionsgruppen im Internet und virtuelle Online-Sitzungen ergänzt werden. Wenn
225 Partei und Fraktion den Sachverstand dieser Gruppen abrufen wollen, können Sie einfach eine aktuelle
226 Frage in diesen Foren einstellen und jedes Ausschuss-Mitglied, das Zeit und Lust hat zu antworten, kann
227 dies unkompliziert tun. Auf diesem Wege lässt sich das Expertenwissen christlich-demokratischer
228 Verwaltungsjuristen genauso abrufen, wie das unserer Lehrer und Erzieher, CDU-naher Bauern,
229 Betriebswirte oder Ingenieure.

230

231

232 **VI. OPPOSITION BRAUCHT GESICHTER**

233

234 In der Opposition braucht die CDU viele Gesichter. Und diese Gesichter müssen für die ganze
235 Bandbreite der Volkspartei CDU stehen. Stadt und Land, Jung und Alt, Mann und Frau und natürlich
236 genauso liberale, konservative oder soziale Strömungen müssen sich in der Parteiführung der CDU
237 wiederfinden. Oppositionsführer, Parteivorsitzender und der auf jeden Fall zu erhaltende
238 Generalsekretär dürften dabei jedoch die einzigen Personen sein, die künftig noch regelmäßig öffentlich
239 wahrgenommen werden. Deshalb sollten wir uns bei der Auswahl dieser Drei in Zukunft alle Mühe geben.
240 Dazu gehört nicht nur die obligatorische Vorstellung etwaiger Kandidaten in den Verbänden und
241 Vereinigungen, sondern auch die Möglichkeit der Urwahl. Geradezu zwingend muss die Wahl unseres
242 Spitzenkandidaten zur Wahl 2016 durch einen Mitgliederentscheid erfolgen. Nur so werden wir das
243 nötige Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und innerparteilicher Unterstützung für unseren
244 Spitzenkandidaten erreichen. Um die von allen Seiten derzeit beschworene Basisnähe unserer
245 Entscheidungsgremien langfristig zu sichern schlagen wir zudem vor, künftig 1/3 aller Vorstandsämter
246 auf Landes- und Bezirksebene an Mitglieder ohne Mandat oder Regierungs- bzw. Landrats- oder
247 Bürgermeisteramt zu vergeben.

248